

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur Erklärung der Bundesregierung vom 30. Januar 1991

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag bis zum 28. Februar 1991 einen schriftlichen Bericht – wie im Fall der deutschen Exporte für den Bau einer Giftgasfabrik nach Libyen – darüber vorzulegen, welche deutschen Unternehmen und/oder welche deutschen Staatsangehörigen seit Beginn des irakisch-iranischen Krieges an Entwicklung und Aufbau der militärischen Rüstung des Irak, und zwar durch Lieferung und Bau von Rüstungsgütern, Erbringung von Dienstleistungen oder auf sonstige Weise, beteiligt waren.

Der Bericht soll außerdem Aufschluß darüber geben, welche Stellen und Mitglieder der Bundesregierung zu welcher Zeit – zum Beispiel durch gezielte Informationen befreundeter Nachrichtendienste – von einer möglichen Beteiligung Deutscher informiert gewesen sind und was sie veranlaßt haben, um die weitere Beteiligung zu unterbinden, insbesondere in bezug auf die Beteiligung deutscher Unternehmen und deutscher Staatsbürger bei der Entwicklung und Produktion von Giftgas und Raketen.

Die Bundesregierung soll auch Bericht erstatten, inwieweit die Bundesregierung oder andere staatliche Stellen die Mitwirkung genehmigt, die militärische Rüstung gefördert und unterstützt haben, und in welchen Fällen eine finanzielle Förderung insbesondere durch Fabrikationsrisikobürgschaften (Hermes-Bürgschaften) gegeben war.

Ebenso soll berichtet werden über die Umgehung des Embargos und über die Kenntnisse der Bundesregierung von der Aufrüstung des Irak im Rahmen der Rüstungskoooperation innerhalb der NATO und über die Zusammenarbeit unter Beteiligung deutscher Firmen und Staatsbürger mit anderen Ländern wie Ägypten, Argentinien, Chile, Südafrika, Brasilien und weiteren.

Bonn, den 31. Januar 1991

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Fraktion der SPD hat bereits in der 11. Legislaturperiode mit Antrag vom 10. Mai 1989 einen Bericht über die Beteiligung deutscher Unternehmen an militärischen Lieferungen in den Irak gefordert [Antrag der Abgeordneten Müller (Pleisweiler), Bachmaier, Dr. von Bülow, Dr. Emmerlich, Gansel, Dr. Jens, Jungmann (Wittmoldt), Koschnick, Dr. Scheer, Dr. Soell, Vosen, Wiefelspütz, Opel, Bulmahn, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/4519]. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der damaligen Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Leider sind infolgedessen Parlament und Öffentlichkeit nicht über das Ausmaß der Beteiligung der deutschen Industrie und der Wissenschaft von seiten der Bundesregierung unterrichtet worden.

Nachdem Informationen darüber bisher nur zufällig und aufgrund der begrüßenswerten Recherchen einzelner Journalisten offenbar geworden sind, ist nunmehr auch im Interesse des Ansehens unseres Landes eine umfassende und ehrliche Offenlegung notwendig.

Gerade die parlamentarische Beratung der jetzt beabsichtigten Verschärfung der Rüstungsexportkontrolle setzt eine umfassende Kenntnis aller Umstände voraus. Deshalb ist der geforderte Bericht eilig.